Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9188**
14. Wahlperiode 31. 05. 2002

Fragen

für die Fragestunde der 238. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 5. Juni 2002

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

1.	Abgeordneter **Jürgen** **Koppelin** (FDP)	Trifft es zu, dass der Bundeskanzler Gerhard Schröder am 13. Mai 2002 auf einer Funktionärskonferenz der SPD sagte: „Wir werden es nicht zulassen, dass dieses Europa Leuten wie Berlusconi, Haider, Le Pen oder sonst wem in die Hände fällt“ (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Mai 2002)?
2.	Abgeordneter **Jürgen** **Koppelin** (FDP)	Teilt die Bundesregierung die Vorwürfe des American Jewish Comittee (AJC), dass die Berichterstattung in den deutschen Medien wie „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ „die tageszeitung“, „DIE WELT“, „Frankfurter Rundschau“ sowie „DER SPIEGEL“ dazu beiträgt, antisemitische Vorurteile zu produzieren oder auch erst herzustellen (AFP vom 28. Mai 2002)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3.	Abgeordnete **Ursula** **Lietz** (CDU/CSU)	Wie funktioniert die Briefwahl für Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Bundestagswahl am 22. September 2002 oder auch zum Zeitpunkt einer Landtagswahl im Auslandseinsatz befinden?
4.	Abgeordnete **Ursula** **Lietz** (CDU/CSU)	Wie hoch war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl am 28. September 1998 oder auch bei diversen Landtagswahlen von Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Wahl im Auslandseinsatz befanden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5.	Abgeordneter **Peter** **Weiß** **(Emmendingen)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung angesichts des andauernden politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Osteuropa und Zentralasien die Auffassung des deutschen Vertreters im Gouverneursrat der Bank für Wiederaufbau und Entwick-

lung (EBRD), Staatssekretär Caio Koch-Weser, der sich für eine mittelfristig durchzusetzende Schließung der EBRD ausspricht (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 2002)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

6. Abgeordnete **Angelika Volquartz** (CDU/CSU)

Welche Chancen sieht die Bundesregierung angesichts der dramatischen Entwicklung im Handelsschiffbau, die Weiterführung der Wettbewerbshilfe durchzusetzen und einzelne Bundesländer zu veranlassen, entsprechende Komplementärmittel bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

7. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des „Naturland"-Geschäftsführers (Hannoversche Neue Presse vom 25. Mai 2002), wonach „Öko-Produkte eben keine rückstandsfreien Produkte sind", vor dem Hintergrund der Darstellung (dito, S. 4), dass bereits im Dezember 2001 wegen der festgestellten Verseuchung von Ökogetreide mit Nitrofen beim „Naturland"-Verband „Alarm" geschlagen worden ist, und wie erklärt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass sie bis heute noch kein Lebensmittel-Monitoring für Öko-/Bioprodukte geschaffen hat?

8. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchem Umfang (Fläche, Erntemenge) anerkannte Öko-/Biobetriebe in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils Ölraps (eventuell unterschieden nach 00-Raps, Industrie-Raps usw.) angebaut und geerntet haben, und in welcher Form die Bundesregierung diesen Anbau nach Quantität und Qualität überprüft hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

9. Abgeordneter **Detlef Parr** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Regelung, dass ab 1. Januar 2003 bestimmte medizinische Leistungen (so genannte KO-Leistungen), wie Coloskopien, Gastroskopien, Sonographien usw., nur noch von nicht hausärztlich tätigen Gebietsfachärzten abgerechnet werden dürfen, nicht jedoch von Hausärzten und zwar selbst in den Fällen, in denen diese Hausärzte solche Leistungen jahrlang erbracht haben, insbesondere im Hinblick auf die Kontinuität der gesundheitlichen Versorgung der Patientinnen und Patienten?

10. Abgeordneter **Detlef Parr** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag einer Besitzstandsregelung, im Interesse der Patienten den Internisten, die sich für die hausärztliche Tätigkeit entschieden haben auch über den 31. Dezember 2002 hinaus bis zum Ende ihrer Tätigkeit die Möglichkeit zu geben, diese medizinischen Sonderleistungen zu erbringen und abzurechnen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung eine Konferenz der deutschen Botschafter nicht aus den etatmäßigen Ressortmitteln des Auswärtigen Amts, sondern aus den Mitteln des Einzelplans 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) für „Maßnahmen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung“ finanzieren will?

12. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die vom Bundesminister des Innern, Otto Schily, im Rahmen seiner Rede auf dem Sudetendeutschen Tag am 18. Mai 2002 erhobene Forderung: „Im Sinne dieser deutsch-tschechischen Erklärung sollte sich die tschechische Seite aber auch entschließen, die Benes-Dekrete aufzuheben …“ auch offiziell gegenüber der Tschechischen Republik und gegenüber der EU-Kommission im Hinblick auf die laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik zum Ausdruck bringen?

13. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Stehen nach Einschätzung der Bundesregierung die Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman zur Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat („Sie wollten ‚heim ins Reich‘, und dahin gingen sie auch“, veröffentlicht von dpa am 20. Mai 2002) und des tschechischen Vize-Ministerpräsidenten Vladimir Spidla („Er [der Aufschub] war eine Quelle des künftigen Friedens“ in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Mai 2002) im Einklang mit dem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag von 1992, und wenn nein, in welcher Form gedenkt die Bundesregierung dies gegenüber der tschechischen Seite zu thematisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

14. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass angesichts der Beschwerde der zu den Oberlandesgerichten singular zugelassenen Rechtsanwälte gegen die Aufhebung der Singularzulassung an dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGMR) eine erheblich über den 1. Juli 2002 hinausreichende Verlängerung der Übergangsfrist durch Gesetz geschaffen werden sollte?

15. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)

Welche Bedenken haben Verbände, Organisationen und Körperschaften des öffentlichen Rechts gegenüber der Bundesregierung dagegen geltend gemacht, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (ZAG) auf der Grundlage eines Diskussionsentwurfs des Bundesministeriums der Justiz vom Dezember 2001 in den Deutschen Bundestag einbringt, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um diesen Bedenken zu begegnen?

16. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, den nachdrücklichen Forderungen von Sozialverbänden – so z. B. am 15. Mai 2002 auf dem Bundesverbandstag des Sozialverbandes VdK gegenüber dem Bundeskanzler Gerhard Schröder – und von Betroffenenorganisationen, z. B. von Menschen mit Behinderungen, von Migrantinnen und Migranten, von Lesben und Schwulen u. a., deren Diskriminie-

rungen ja geächtet und geahndet werden sollen, nach Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

17. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Welchem Zweck diente der Einsatz der Schnellboote der Bundesmarine am Horn von Afrika, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Kosten für den An- und Abtransport der Boote rückblickend in keinem Verhältnis zu dem – angesichts der nur sehr kurzen Verweildauer der Boote am Horn – erreichbaren Erfolg der Aktion stehen?

18. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Welchem Zweck diente der Einsatz der Fregatten der Bundesmarine am Horn von Afrika, und welche Richtlinien regelten den Einsatz beispielsweise auch mit Blick auf das Verhalten der Besatzungen im Falle eines Angriffs auf die deutschen Fregatten?

19. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welchen Geldbetrag hat die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) bisher aus welchen ihrer Geschäftsaktivitäten erwirtschaftet, der bisher unmittelbar dem Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung) zu Gute gekommen ist?

20. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Wie hoch ist der Geldbetrag, den die Geschäftsführerin, ihr Stellvertreter und die Leiter der Geschäftsfelder im Jahr 2001 für ihre Funktionen bei der GEBB erhalten haben, und wie hoch war die Abfindung der Geschäftsführerin bei ihrem Ausscheiden aus dem Amt?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333